

Protokoll der BSB-Sitzung vom 4. Juli 2017,

Beginn: 19.15 Uhr

Anwesenheit: BSB-Mitglieder s. Anwesenheitsliste, Frau Geisler (Schulaufsicht), Frau Paul-Beckmann, Herr Redel (Schulamt), Frau Schmitt-Schmelz (Bezirksstadträtin), Frau Dr. Tesch, Frau Fest, Herr Oberbach (Mitglieder des Schulausschusses), Gäste aus dem BEA und BLA s. Anwesenheitsliste

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

TOP 1 Begrüßung und Beschlussfassung

Zunächst erhält Frau Geisler die Gelegenheit, sich vorzustellen. Sie tritt ab 1. September 2017 die Nachfolge von Frau Rudnick (Ruhestand) als Referatsleiterin der regionalen Schulaufsicht an.

Herr Semler beantragt, unter TOP 4 über den Antrag „Musikalische Schulbildung ausbauen“ als Tischvorlage abzustimmen.

Zur rechtzeitig versandten Tagesordnung gibt es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche. Die Protokolle der Sitzungen vom 2. Mai 2017 und vom 13. Juni 2017 können nicht verabschiedet werden, weil sie noch nicht vorliegen.

Es gibt keine Einwände gegen die Zulassung von Gästen zur laufenden Sitzung.

TOP 2 Aktuelle halbe Stunde: Fragen an die Schulaufsicht

Zunächst berichtet Frau Schmitt-Schmelz von der gerade zu Ende gegangenen Schulausschusssitzung, in der man sich angesichts der vom Senat gesetzten Vorgaben mit der Umsetzung der vorgesehenen **Schulsanierungsmaßnahmen in Charlottenburg-Wilmersdorf** beschäftigt habe.

Sanierungsmaßnahmen, deren prognostizierter Kostenrahmen unter 5 Millionen Euro bleibt, sollen demnach vom Bezirk beauftragt und beaufsichtigt werden. Alle Sanierungsmaßnahmen, deren prognostizierter Kostenrahmen zwischen 5 und 10 Millionen Euro liegt, *können* in die Hände von überregionalen Sanierungsgesellschaften gegeben werden. Jene Sanierungsmaßnahmen, die mehr als 10 Millionen Euro kosten, werden vom Senat in Amtshilfe betreut. Charlottenburg-Wilmersdorf werde alle Schulsanierungsmaßnahmen im Bezirk selbst betreuen und keine Verantwortung aus der Hand geben.

Darüber hinaus habe sich der Schulausschuss mit der Einrichtung des neuen Schuljahres befasst. Alle Schülerinnen und Schüler seien mit einem Schulplatz versorgt.

Frau Schmitt-Schmelz weist darauf hin, dass der Schulausschuss öffentlich tage und Gäste immer herzlich willkommen seien.

Aus dem Gremium wird berichtet, dass Schülerinnen und Schüler ihrer Schule, die das Probehalbjahr am Gymnasium nicht bestanden haben und zur der 8. Klasse auf eine ISS wechseln wollen oder

müssen, an den von ihnen **gewünschten ISSen häufig keinen Platz** bekämen, weil die Schulplätze an diesen Schulen nicht ausreichten.

Frau Geisler erläutert hierzu, dass bezirkswweit ausreichend Plätze vorhanden seien und der Bezirk den Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz zuweise, wenn an den gewünschten Schulen kein Platz vorhanden sei. Frau Paul-Beckmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Vergabe von Schulplätzen an weiterführenden Schulen berlinweit erfolge, sich also auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Bezirken um einen Schulplatz an einer Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf bewerben könnten. In Charlottenburg-Wilmersdorf sei das Verhältnis seit Langem konstant: $\frac{1}{4}$ der Plätze gingen demnach an Schülerinnen und Schüler aus anderen Bezirken, $\frac{3}{4}$ der Plätze gingen Schülerinnen und Schüler aus Charlottenburg-Wilmersdorf. Da nach der Anmeldung für die 7. Klassen meist alle Schulplätze besetzt seien, sei die Berücksichtigung von Wünschen bei der Vergabe von Plätzen zur 8. Klasse schwierig. Auf Nachfrage erklärt Frau Schmitt-Schmelz, dass derzeit kein Neubau einer ISS in Planung sei. Eine Erweiterung bestehender Schulen sei aber nicht ausgeschlossen.

Frau Paul-Beckmann berichtet, dass die **Vergabe der Grundschulplätze** noch nicht gänzlich abgeschlossen sei, die Eltern aber noch rechtzeitig vor den Ferien informiert würden. Kein Kind müsse in fremde Einzugsbereiche verwiesen werden. Insgesamt habe es 130 Umschulungsanträge gegeben. 100 davon seien bearbeitet. In diesem Jahr sei es allerdings problematisch gewesen, alle Geschwisterkinder an den jeweiligen Wunschschulen unterzubringen. Im kommenden Schuljahr werden überdurchschnittlich viele Kinder eingeschult, einerseits weil mehr Kinder regulär schulpflichtig werden, andererseits diejenigen in großer Zahl hinzukommen, die für das derzeit noch laufende Schuljahr zurückgestellt wurden.

An den **Oberschulen gebe es noch freie Plätze** an nicht stark nachgefragten Schulen.

Übernachgefragt seien die ISSen mit gymnasialer Oberstufe: Friedensburg Oberschule sowie Robert-Jungk-Oberschule. Eine positive Entwicklung könne man von der Schule am Schloss berichten. Dort seien - anders als in der Vergangenheit - in diesem Jahr alle Schulplätze vergeben worden. Es zeige sich, dass eine Kooperation, wie sie die Schule am Schloss mit der Paul Fürst Gemeinschaftsschule geschlossen habe, eine steigende Schulplatznachfrage erreichen kann. An den Gymnasien im Bezirk gebe es freie Plätze, die nun anderen Bezirken angeboten werden.

Frau Paul-Beckmann erläutert, dass es in Charlottenburg-Wilmersdorf derzeit rund 91

Willkommensklassen gebe. Der Bezirk sei damit an der räumlichen Kapazitätsgrenze angelangt und habe dies auch der Senatsverwaltung mitgeteilt. Viele Schülerinnen und Schüler werden aufgrund ausreichender Deutschkenntnisse in den kommenden Wochen in Regelklassen wechseln können. Zusätzlich gebe es derzeit weniger Zuzüge, sodass nach den Sommerferien voraussichtlich weniger Schülerinnen und Schüler in Willkommensklassen unterrichtet werden müssen und die Anzahl jener

Klassen sinken könnte. Genauere Zahlen möchte Frau Paul-Beckmann aber erst im September vorstellen.

Frau Geisler berichtet, dass in **Vorbereitung auf das neue Schuljahr 75 Einstellungspositionen** neu besetzt werden konnten. Da die Zusage für die Bewerber in den Bewerbungsverfahren anderer Bundesländer allerdings noch ausstehe, sei es jedoch möglich, dass der eine oder andere Einzustellende seine Stelle in Berlin kurzfristig doch nicht antritt. Die Schulaufsicht rechne damit, 98 bis 100 Prozent der Lehrerstellen im Bezirk zu Schuljahresbeginn besetzen zu können. Auf die Frage, wie viele der Einzustellenden **Quereinsteiger** sind, gibt es zunächst keine Antwort. Frau Geisler bittet darum, die Antwort auf die nächste Sitzung vertagen zu dürfen.

Herr Redel berichtet, dass die **Ausschreibung** der Beförderungsleistung für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Die Firmen seien für die kommenden drei Jahre beauftragt worden. Das Verfahren zur Ausschreibung der Mittagessenversorgung an den Grundschulen werde am 21. Juli 2017 abgeschlossen sein.

Auf die Frage von Frau Bergmann, ob im Rahmen der **Einführung des neuen Rahmenlehrplans** die finanziellen Zumessungen für die Schulen zur Finanzierung von aktuellem Buchmaterial höher ausfallen werden, antwortet Frau Paul-Beckmann, dass dies nicht vorgesehen sei.

Es wird berichtet, dass sich eine Schule für die Verwendung von Stoffhandtüchern statt Papierhandtüchern in den Toilettenräumen entschieden habe, nun aber feststellen musste, dass das Bezirksamt zwar die Kosten für umweltschädlicheren Papierhandtücher übernehme, die Kosten für die Stoffhandtücher aber nun von der Schule allein getragen werden müssten, in deren Haushalt durch die zusätzlichen Kosten ein großes Loch klaffe. Hierzu erklärt Frau Paul-Beckmann, dass die Verwaltung der **Mittel für Verbrauchsgüter** in der Eigenverantwortung der Schule liege und die Regelung klar vorsehe, dass Kosten für Stoffhandtücher aus diesen Mitteln gedeckt werden müssen. Herr Semler möchte den Stand der Änderungen der **SEK-I-VO** sowie der **VO-GO**, insbesondere zur geplanten Einführung eines **freiwilligen dritten Leistungskurses** erfahren. Frau Geisler erklärt, dass ihr bis dato keine Unterlagen dazu vorlägen.

Herr Semler fragt nach dem Stand der Planungen der Schulverwaltung bezüglich der Umsetzung der **aktuellen Rechtschreibreform** in den Schulen. Dies tangiere pädagogische Inhalte, Schulbücher- und Computerausstattung, Buchstabenkästen etc. (Stichwort: Einführung „Großbuchstabe ß“), mithin einmal mehr das Budget für Lehr- und Lernmittel der Schulen. Auch hierzu möchte Frau Geisler erst im September Auskunft geben.

Herr Becker fragt, ob es neben dem Schulgesetz Ausführungsvorschriften zu **Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen** gebe. Frau Geisler verneint diese Frage.

Herr Krempin weist auf größere Probleme bezüglich der **Schulwegsicherheit** im Zusammenhang mit einer Baustelle an der Lietzensee-Grundschule hin. Frau Paul-Beckmann erklärt, dass ihr bisher keine Anzeige der Schulleitung zu dieser Problematik vorliege, und bittet darum, dass sich die Schulleitung hierzu mit ihr in Verbindung setzen möge. Frau Tesch ergänzt, der Schulausschuss habe beschlossen, zum Thema Schulwegsicherheit eine AG einzurichten.

TOP 3 Berichte aus den Gremien

Der Jugendhilfeausschuss hat die Verteilung der Mittel an freie Träger beraten.

LEA: Das Thema Schulqualität wurde diskutiert, nachdem Preise für „Beste Schulen“ vergeben wurden.

LSB: Die Veränderungen in der Verordnung für die Gymnasiale Oberstufe sowie ein Entwurf zur Regelung für Fort- und Weiterbildung von Lehrern wurden diskutiert.

TOP 4 Anträge

Der als Tischvorlage eingereichte **Antrag „Musikalische Schulbildung ausbauen“** kommt zur Abstimmung und wird einstimmig angenommen. (siehe Anlage)

TOP 5 Verschiedenes

Entfällt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.56 Uhr.



ANLAGE: Antrag/Beschluss BSB 04-07-2017 „Musikalische Bildung ausbauen“